

<https://www.wp.de/politik/schule-und-campus/studenten-in-nordrhein-westfalen-fuerchten-um-ihre-rechte-id214470027.html>

Hochschulen

Studenten in Nordrhein-Westfalen fürchten um ihre Rechte

Matthias Korfmann und Christopher Onkelbach

03.06.2018



Die Landesregierung beschneide die Demokratie an den Hochschulen, erklären Studentenvertreter. Foto: Ulrich von Born

Düsseldorf. Ein neues Hochschulgesetz soll den Universitäten mehr Freiheit geben. Dafür ist weniger Freiheit für Studierende vorgesehen.

Gegen das neue Hochschulgesetz regt sich heftiger Widerstand in NRW. Den Referentenentwurf, der dieser Redaktion vorliegt, nennt der Landtagsabgeordnete Matthi Bolte-Richter (Grüne) „demokratiefeindlich“, weil er die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden einschränke. Auch die Studentenvertretung (Asta) der Uni Köln ist entsetzt. Die Landesregierung beschneide die Demokratie an den Hochschulen, heißt es in Köln.

Befürworter einer liberalen Hochschulpolitik wie Ulrich Müller vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) loben hingegen ausdrücklich den Schritt der schwarz-gelben Regierung hin zu mehr Hochschulfreiheit. Die folgenden angestrebten Änderungen im Gesetz sind hoch umstritten.

Anwesenheitspflicht

Das bisherige Verbot von Anwesenheitspflichten soll gestrichen werden. Studenten laufen gegen diese Pläne Sturm, sie befürchten eine erneute Ausweitung von Pflichtveranstaltungen und verweisen auf Belastungen wie Nebenjob, Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen.

„Der Gesetzentwurf nimmt gerade Studierenden aus sozial schwachen Elternhäusern die Aufstiegschance, indem er mit verfassungsrechtlich fragwürdigen Anwesenheitspflichten diejenigen bestraft, die neben dem Studium arbeiten müssen“, sagt Bolte-Richter. Lena Snelting,

Politikreferentin vom Asta in Köln, betont, dass die Anwesenheitspflichten viele Lernende treffen würden: Laut Sozialerhebung müssten 64 Prozent der Studenten nebenbei jobben.

Ulrich Müller vom CHE hingegen findet es „sehr sympathisch“, dass die Regierung die Frage der Anwesenheitspflicht den Hochschulen selbst überlässt. Das CHE ist eine von der Bertelsmann Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz gegründete „Denk- und Reformfabrik“ für das deutsche Hochschulwesen. Von strengen Regeln hält aber auch Ulrich Müller nichts: „Studenten haben ein gutes Gespür dafür, wo es sich lohnt hinzugehen und wo nicht.“

Studienberatung

Den Hochschulen wird die Möglichkeit eröffnet, Studenten, die erkennbar hinterherhinken, zu einer Zwangsberatung zu verpflichten mit dem Ziel einer Studienverlaufsvereinbarung. Dieser Ansatz sei grundsätzlich sinnvoll, meint Müller, müsse aber die individuelle Lage der Studierenden berücksichtigen. „Wir lehnen die verpflichtende Studienverlaufsvereinbarung konsequent ab“, wettet Nemo Buschmann, stellvertretender Asta-Chef in Köln. Dieser Zwang nähme den Studenten die Chance, ihr Studium frei und selbstbestimmt zu planen.

Studienbeiräte

Die Pläne sehen vor, dass Gremien wie der Studienbeirat oder Beauftragte für die Belange studentischer Hilfskräfte nicht mehr vorgeschrieben sind. Studienbeiräte beraten Dekane und Fakultäten zu Lehre, Studium und Prüfungen. Sie sind paritätisch mit Studierenden und Lehrenden besetzt und sollen den Studenten mehr Mitsprache ermöglichen. Auch hier würden nun die Interessen der Studenten missachtet, kritisieren die Asten. Der Grünen-Politiker Bolte-Richter warnt: „Die Abschaffung der Studienbeiräte wird die Probleme der Bologna-Reform, besonders die mangelnde Studierbarkeit von Studiengängen, wieder auf die Tagesordnung bringen.“

Zivilklausel

Bisher waren Hochschulen per Gesetz friedlichen Zielen verpflichtet. Aber die „Zivilklausel“ will NRW-Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (parteilos) streichen lassen. „Aus Sicht des CHE ist diese Änderung sinnvoll“, sagt Ulrich Müller. Eine Hochschule könne sich dennoch selbstbestimmt darauf festlegen, ausschließlich zivile Zwecke zu verfolgen. Matthi Bolte-Richter wirft der Landesregierung hingegen vor, mit der Streichung der Zivilklausel die gesellschaftliche Verantwortung der Unis zu ignorieren.

Hochschulentwicklungsplan

Diese Vorgabe, die sehr detailliert eine gemeinsame Planung von Land und Hochschulen regelte, wird abgeschafft. Das Land spiele nicht mehr den „autoritären Dirigenten“, sondern gebe nur noch ein Leitmotiv vor, lobt Müller. Die Kritiker beobachten mit Sorge, dass sich der Staat immer weiter aus der Kontrolle der Unis und Fachhochschulen heraushält.

Fazit:

„Schwarz-Gelb macht Retro-Politik aus dem letzten Jahrhundert. Diese Ideologen und die Lobbyisten konservativer Professoren haben sich im Wissenschaftsministerium durchgesetzt. Für Studierende haben CDU und FDP nichts übrig“, schimpft Matthi Bolte-Richter, Hochschul-Experte der Grünen-Landtagsfraktion.

Ulrich Müller vom CHE sieht in den Plänen der Regierung einen sehr positiven Schritt. „Bei der vorigen rot-grünen Regierung waren die Verschärfungen des Hochschulgesetzes getrieben von der Angst vor Missbrauch der Freiheit und von Misstrauen. Ministerin Pfeiffer-Poensgen dagegen signalisiert den Hochschulen: Ihr habt unser Vertrauen verdient. Macht was draus.“